

Protokoll

über die

IX. ordentliche Vollversammlung

der

Handwerkskammer

für das Herzogtum Braunschweig

Montag, den 3. Mai 1909

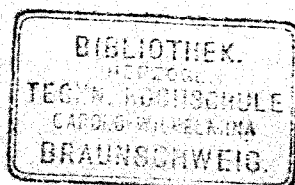
Vormittags 11 Uhr

im

Saale des „Gildehauses“

zu

Braunschweig.



Tagesordnung.

1. Geschäftsbericht.
 2. Neuwahl von 7 Vorstandsmitgliedern.
 3. Zuwahl von Mitgliedern.
 4. Neuwahlen der ständigen Ausschüsse.
 5. Abnahme der Jahresrechnung pro 1907/08.
 6. Festsetzung des Haushaltsplanes für 1909/10.
 7. Abänderung der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens.
 8. Abänderung der Meisterprüfungsordnungen.
 9. Verschiedenes.
-

Anwesend sind die Herren: Osterloh, Behrens, Göcke, Eicke, Hahn, Burgdorf, Tolle, Froböse, Vehe, Meyer, Horney, Zenker, Wienecke, Märtens, Berger, Wolf, Sprötge, Hirsekorn und Herbst, sämtlich aus Braunschweig, Fischer aus Hagen (Thedinghausen), Kronemann, Kauffmann, Kiehne, Müller, Noack, Seubert und Kantner, sämtlich aus Wolfenbüttel, Cassel aus Schöppenstedt, Geffers, Kretzer und Hardegweg aus Helmstedt, Birkholz aus Königsutter, Bierwagen und Block aus Schöningen, Rose, Bierberg und Ewig aus Gandersheim, Wilhelm, Schröder und Winkler aus Seesen, Ehlers, Kumlehn und Lutterberg aus Holzminden, Blume aus Stadtoldendorf, Kaulitz, Ließmann und Heuwold aus Blankenburg a. H., sowie der Kommissar der Kammer, Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann und der mitunterzeichnete Sekretär der Kammer, Assessor Baumgarten.

Der Vorsitzende, Herr Osterloh, eröffnet gegen 11 $\frac{1}{4}$ Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden mit etwa folgenden Worten:

„Meine sehr verehrten Herren Abgeordneten der Handwerkskammer für das Herzogtum Braunschweig! Ich heiße Sie zu der heutigen 9. ordentlichen Haupt-Versammlung auf das Herzlichste willkommen und danke Ihnen besonders für Ihr pünktliches Erscheinen.

Zugleich begrüße ich den allverehrten Kommissar unserer Kammer, Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann.

Schon vor 6 Jahren konnte ich dem Herrn Kommissar meinen Dank für alle die Arbeit und Mühe, besonders aber für die Liebe und Sorgfalt, mit welcher derselbe für die Interessen des Braunschweigischen Handwerks stets eingetreten ist, aussprechen und sämtliche Abgeordneten unserer Kammer schlossen sich diesem Danke voll und ganz an. Heute, meine verehrten Herren, sind nun bereits 9 Jahre verflossen und die Mitarbeit und das verständnisvolle und unparteiische Interesse unseres Herrn Kommissars ist aber stets dasselbe geblieben.

Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann ist stets bereit, für das Handwerk einzutreten, besonders aber, wenn es sich um die Hebung und Förderung unseres Standes handelt.

Meine verehrten Herren, wenn Sie sich nun meinem Danke anschließen wollen, so bitte ich Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben. (geschieht.)

Meine Herren! Ich möchte auch den Herren, die nach 6 resp. 9 jähriger treuer Mitarbeit als Abgeordnete mit uns zusammengewirkt haben, meinen, und ich darf wohl auch annehmen, in Ihrem Sinne zu sprechen, den Dank der Versammlung zum Ausdruck bringen. Es sind dies folgende Herren, die zum Teil nicht wieder gewählt, zum Teil ihr Amt niedergelegt haben: L. Wollenweber hier und Fr. Pistorius-Holzminden, beide waren als Vorstandsmitglieder 9 Jahre mit tätig, ferner die Herren Neddermeyer-Helmstedt, Freise-Holzminden, Hoffmann-Braunschweig, Walkemeyer-Bleckenstedt, Härighausen-Wolfenbüttel, Dressel-Helmstedt,

Brackebusch-Gandersheim, Krüger-Seesen, Winnig-Blankenburg und Kühne, Vechelde. Allen unseren aufrichtigsten Dank für ihre geleistete Arbeit in der Handwerkskammer. Zugleich hoffe ich, daß alle diese Herren auch fernerhin mit uns für das Wohl und Wehe unseres Handwerks eintreten und uns ihre Mitarbeit nicht versagen werden.

Meine Herren! Der Tod hat uns ein altbewährtes treues Mitglied entrissen, unser allverehrter Louis Kettler ist Ende vorigen Jahres verstorben. Ich glaube, meine Herren, wir werden ihm alle ein ehrendes Andenken über das Grab hinaus bewahren. Ich bitte Sie, sich zum Andenken an den Verstorbenen von Ihren Plätzen zu erheben. (geschieht.)

Ich stelle der Versammlung nunmehr die Herren vor, die heute als neu gewählte Abgeordnete zur Handwerkskammer anwesend sind und zwar die Herren Tolle, Frohbose und Wienecke aus Braunschweig, Birkholz-Königslutter, Bierwagen-Schöningen, Winkler-Seesen, Ehlers und Kumlehn aus Holzminden, Liebmann-Blankenburg, Müller und Seubert-Wolfenbüttel und Schröder-Seesen, letztgenannte drei Herren waren in den ersten 3 Jahren des Bestehens der Handwerkskammer schon als Abgeordnete tätig.

Ich heiße genannte Herren nochmals auf das Herzlichste willkommen und bitte Sie, mit uns Ihre Kräfte einzusetzen zur Förderung und Hebung des Handwerks. Ganz besonders möchte ich Sie aber bitten, doch in den von Ihnen vertretenen Innungen nach Kräften dahin zu wirken, daß die von der Kammer an dieselben gerichteten Rundschreiben, Anfragen usw. möglichst schnell beantwortet werden, damit hierdurch in der Erledigung der Geschäfte der Kammer keine unliebsamen Verzögerungen eintreten.

Dann stelle ich noch fest, daß die heutige 9. Vollversammlung der Handwerkskammer auf Grund des § 23 unserer Satzungen ordnungsmäßig durch schriftliche Einladung als auch durch Bekanntmachung in den „Braunschweigischen Anzeigen“ vom 24. April d. Js., und im „Handwerksbote“ vom 1. Mai d. Js. einberufen ist.

Der Gesellenausschuß für die Handwerkskammer ist ebenfalls geladen und wird zu Punkt 7 der Tagesordnung erscheinen. Die Abrechnung für 1907/08 liegt im Bureau der Kammer zur Einsicht aus.

Meine Herren! Ich möchte Sie außerdem noch davon in Kenntnis setzen, daß dem stellv. Vorsitzenden der Kammer, Herrn Schlosser-Obermeister C. Behrens und dem Obermeister der Tischler-Gilde zu Blankenburg a. H., Herrn Kaulitz in Anerkennung ihrer Verdienste um das Handwerk eine Auszeichnung seitens Sr. Hoheit, des Herzog-Regenten verliehen ist. Es ist dies um so freudiger zu begrüßen, da leider in den letzten Jahren die Handwerksmeister bei Verleihung von Dekorationen immer übergangen und gar nicht bedacht sind. Dies hat sich nun scheinbar geändert und ist diese Änderung nicht zum mindesten auch der kräftigen Unterstützung des Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann zu verdanken. Ich möchte Sie nun bitten, Herrn Behrens und Kaulitz Ihre Gratulation durch Erhebung von den Plätzen zum Ausdruck zu bringen.“ (geschieht.)

Alsdann ergreift der Kommissar der Handwerkskammer, Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann das Wort und dankt zunächst dem Vorsitzenden sowie den übrigen Herren, daß sie seine schwachen Verdienste, die sich ja eigentlich nur auf eine Vermittlertätigkeit bei Herzoglichem Staatsministerium erstreckten, in so dankbarer Weise anerkannt hätten. Da Herzogliches Staatsministerium in Sr. Exzellenz, dem Herrn Wirkl. Geh. Rat Hartwig einen so warmherzigen und wohlwollenden Freund des Handwerks habe, so sei nach dieser Richtung hin seine Arbeit eine sehr leichte. Er möchte aber auch nicht verfehlen, bei dieser Gelegenheit auf die Verdienste hinzuweisen, die sich der Vorsitzende, Herr Osterloh um dieses günstige Mittlerverhältnis erworben habe; denn er wüßte in kluger und zielbewußter Weise in jeder Hinsicht die Interessen der Handwerker bei Herzoglichem Staatsministerium zu vertreten, sodaß es ihm eine Freude wäre, mit Herrn Osterloh gemeinsam zu arbeiten, und da sie aufrichtig und freundschaftlich zusammen den gleichen Zielen zustrebten, so sei wohl diese oder jene Frage Schwierigkeiten bereitet hätte. Er persönlich sei der Versammlung für das zum Ausdruck gebrachte Vertrauen noch besonders dankbar, da er dadurch aufs Neue in

seiner Überzeugung gestärkt sei, daß die Organisation dem Handwerk zum Nutzen gereiche und daß das Handwerk doch, wenn auch langsam, Schritt für Schritt vorwärts komme; denn selbstverständlich könne dies, wo es sich um 15000 und mehr selbstständige Existenzen im Lande handele, nicht ruckweise geschehen. Man müsse bei der Beurteilung auch in die Zukunft sehen und in erster Linie den Nachwuchs ins Auge fassen, damit dieser künftig das durchführen könne, wozu jetzt der Grundstein gelegt würde. Dann werde auch das Handwerk später die Stellung erreichen, die es sich wünsche. Der Kommissar kommt dann auf das Submissionswesen zu sprechen und bemerkt dazu etwa folgendes:

Diese Frage, die die Kammer ja seit Jahren beschäftige, sei nunmehr seitens Herzoglichen Staatsministeriums in praktische Bearbeitung genommen. Se. Exzellenz der Herr Minister habe gehofft, schon heute gewisse Ergebnisse vorlegen zu können. Es habe sich jedoch bei der Bearbeitung gezeigt, daß man sich absolut nicht überstürzen dürfe. Er gäbe der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß zum Herbst die Verhandlungen abgeschlossen werden könnten und dann fertige Submissionsbedingungen vorlägen. Der Kommissar führt dann weiter aus:

Der Reichskanzler habe im vorigen Jahre an die verbündeten Regierungen ein Rundschreiben gerichtet mit dem Ersuchen, bei einer etwa in Aussicht genommenen Neuregelung des Submissionswesens nach Möglichkeit auf die von Preußen und dem Reichsamt des Innern getroffenen Bestimmungen Rücksicht zu nehmen, damit die für die einzelnen Bundesstaaten erlassenen Bestimmungen möglichst gleichartig sein möchten. Diese Bestimmungen seien zunächst der Handwerkskammer zur Äußerung überwiesen. Die Handwerkskammer habe Stellung hierzu genommen und Abänderungsvorschläge gemacht. Diese seien dann seitens des Ministeriums den Behörden zugegangen und hätten sich dieselben ebenfalls dazu geäußert. Herzogliches Staatsministerium habe nun geglaubt, mündliche Verhandlungen über diejenigen Punkte vornehmen zu müssen, bei denen die Wünsche der Behörden und der Handwerkskammer auseinandergegangen seien, und es wäre hierfür auch bereits ein Termin in Aussicht genommen gewesen. Danach habe sich aber herausgestellt, daß Herzogliche Kreisdirektionen nochmals gehört werden müßten, und sei daher ein nochmaliges Ersuchen am 19. März d. Js. an dieselben ergangen. Sobald nun sämtliches Material bei Herzogl. Staatsministerium eingegangen sei, sollte über die Punkte, in denen starke Meinungsverschiedenheiten vorlägen, eine Verhandlung stattfinden, zu der Vertreter der Behörden und der Handwerkskammer hinzugezogen würden.

Der Kommissar fügt noch hinzu: Er glaube, mit diesen Ausführungen die Sicherheit gegeben zu haben, daß die in der letzten Vollversammlung geäußerten Wünsche von Herzogl. Staatsministerium wohl beachtet seien und hoffe, bis zur nächsten Vollversammlung fertige Bedingungen vorlegen zu können.

Der Vorsitzende dankt Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Stegemann für diese aufklärenden Worte. Es wird dann, nachdem jeder einzelne Abgeordnete sich in die in Umlauf gesetzte Präsenzliste eingetragen, in die Tagesordnung eingetreten.

I. Geschäftsbericht.

Derselbe wird vom Sekretär erstattet, wie folgt:

„Meine sehr geehrten Herren!

Der diesjährige Geschäftsbericht umfaßt die Tätigkeit der Handwerkskammer in der Zeit vom 9. Mai 1908, dem Tage der letzten Vollversammlung, bis heute.

Ehe ich den eigentlichen, die Geschäftstätigkeit der Kammer als solche behandelnden Bericht beginne, möchte ich folgendes vorwegschicken:

Die Kammer hat Sr. Hoheit, dem Herzog-Regenten aus Anlaß des Hinscheidens der hochseligen Herzogin Elisabeth, Herzogin zu Sachsen, ihre Teilnahme ausgesprochen und Sr. Exzellenz, dem Herrn Staatsminister Dr. jur. v. Otto anlaßlich seiner 25jährigen Mitgliedschaft im Herzoglichen Staatsministerium ein Glückwunschschreiben nebst einer mit Blumen gefüllten Kristallschale übersandt. In beiden Fällen sind herzliche Dankschreiben eingegangen. Sämtliche Schreiben möchte ich hiermit zur Verlesung bringen. (Geschicht.)

Zu Beginn des Geschäftsberichts mag zunächst kurz erwähnt sein, ob und in welcher Weise die vorjährigen Plenarbeschlüsse ihre Erledigung gefunden haben.

Die derzeit mit großer Stimmenmehrheit angenommene Vorlage betr. das Submissionswesen wurde Herzoglichem Staatsministerium, Abteilung des Innern, mit dem Ersuchen um nähere Prüfung unterbreitet und mit der Bitte, unter Benutzung derselben für das Herzogtum Braunschweig bestimmte Vorschriften über die staatliche Vergebung von Leistungen und Lieferungen zu erlassen, sowie nach Inkrafttreten derselben auch in geeigneter Weise wie in Preußen auf die Kommunalbehörden einzuwirken, daß diese die Vorschriften ihrerseits ebenfalls in Anwendung brächten. Wie weit die Angelegenheit inzwischen vorgeschritten ist, haben Sie ja vorhin durch den Herrn Regierungskommissar selbst gehört.

Der beschlossene Nachtrag zu den „Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens“ einschließlich der Abänderung des Lehrvertragsformulars ist ebenfalls Herzoglichem Staatsministerium eingereicht und bis auf einige unbedeutende Aenderungen genehmigt worden, sodaß die neuen Bestimmungen mit dem 1. Juli v. Js. in Kraft treten konnten; nicht genehmigt wurde dagegen der Beschluß, für die Folge 2 Vollversammlungen abzuhalten und die demgemäß bei Herzoglichem Staatsministerium beantragte Satzungsänderung. Ebenso hat der Haushaltsplan für das abgelaufene Rechnungsjahr, der mit Rücksicht auf den vorerwähnten Beschluß auf 19600 Mark erhöht war, nur mit 19000 Mk. in Einnahmen und Ausgaben, entsprechend der ursprünglichen Kammervorlage, die ministerielle Genehmigung gefunden.

Die im Prinzip von Plenum gut geheißenene Gründung einer Witwen- und Waisenkasse bzw. eines Altersheims für Handwerksmeister hat sich bisher noch nicht verwirklichen lassen, da leider — ich muß dies ausdrücklich hiermit feststellen, um den Vorstand vor Vorwürfen zu bewahren — der größte Teil der Innungen des Herzogtums auf das entsprechende Rundschreiben der Kammer in dieser Angelegenheit sehr wenig Interesse für die geplante Wohltätigkeitseinrichtung gezeigt hat, und die von den übrigen Innungen bisher schon aufgebrachten bzw. in Aussicht gestellten Geldbeträge als sogen. Grundstock für eine derartige Stiftung noch nicht angesprochen werden können.

Ebenso liegen die Verhältnisse hinsichtlich eines seitens der Kammer geplanten Kinderferienheims im Harz. Auch hier ist infolge der bedauerlicherweise zutage getretenen Interessenlosigkeit ein Stillstand zu verzeichnen. Hoffentlich tragen diese meine Worte dazu bei, beides wieder in Fluß und zu einem guten Abschluß zu bringen.

Außerdem halte ich mich noch verpflichtet, zugleich um etwaigen Anfragen nach dieser Richtung hin von vornherein vorzubeugen und dadurch die heutigen Verhandlungen nicht unnötigerweise in die Länge ziehen zu lassen, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die Kammer auch in diesem Jahre ohne jeglichen ministeriellen Bescheid auf die auf Veranlassung der hiesigen Uhrmacher-Innung abgesandte Eingabe betr. den Erlaß von Vorschriften für Pfandleiher und öffentliche Pfandleihanstalten geblieben ist.

Nach diesen gewissermaßen einleitenden Bemerkungen wende ich mich nun zu den von der Kammer in der Berichtszeit an Staats- und Kommunalbehörden sowohl wie an die Geschäftsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages erstatteten Gutachten. Selbstredend greife ich nur die wichtigsten heraus, die folgende Gegenstände betrafen:

1. den schon gelegentlich des vorjährigen Geschäftsberichtes kurz gestreiften „Gesetzesentwurf über die Einrichtung und den Betrieb von Schlachtereien und Anlagen, in denen Fleisch- und Wurstwaren zum Verkauf hergestellt werden, sowie über den Verkehr mit Fleischwaren“. — Unter voller Berücksichtigung der in einer gemeinsamen Beratung mit dem Vorstände der hiesigen Fleischer-Innung festgestellten Abänderungsvorschläge wurde Herzoglichem Staatsministerium ein sehr ausführliches Gutachten erstattet. Dasselbe hat erfreulicherweise einen guten Erfolg gehabt. Denn die meisten Wünsche der Interessenten haben, wie ein im Laufe des Jahres neu ausgearbeiteter Regierungsentwurf gezeigt, Beachtung gefunden, und die diesem neuen Entwurf noch anhaftenden Mängel sind später gelegentlich einer im Ministerialgebäude unter Hinzuziehung von mehreren tüchtigen

Vertretern des Fleischer- und Wurstmachergewerbes und im Beisein verschiedener anderer Sachverständigen abgehaltenen Konferenz noch größtenteils beseitigt. Hoffentlich gibt der Ausschuß der Landesversammlung, der sich nun noch mit dem Entwurf zu befassen hat, seine Zustimmung zu den Vorschlägen der Beteiligten, dann wird das demnächstige Gesetz, dessen Erlaß wegen der in einigen Fleischereibetrieben bedauerlicherweise vorgekommenen Unreinlichkeiten unbedingt geboten erschien, die Angehörigen des Fleischer- und Wurstmachergewerbes nicht allzusehr belasten.

2. Eine seitens der k. k. ungarischen Gesandtschaft in Berlin an Herzogliches Staatsministerium gerichtete, der Kammer zur Kenntnis zugelangene Verbalnote betr. eine im vorigen Jahre in Wien veranstaltete Fachausstellung der Schuh- und Leder-Industrie. — Herzoglichem Staatsministerium wurde mitgeteilt, daß eine Beschickung dieser Ausstellung nicht für erforderlich erachtet würde, bei der Gelegenheit aber die Bitte ausgesprochen, in Erwägung zu ziehen, ob der Kammer nicht aus Staatsmitteln eine größere Beihilfe gewährt werden könne, damit eine besondere Kommission derselben in der Lage wäre, gelegentlich die in Oesterreich bestehenden Gewerbeförderungseinrichtungen sowie deren Tätigkeit in Augenschein zu nehmen. — Dieser Bitte wurde Rechnung getragen.

3. Einen von dem Komitee der Ausstellung für das gesamte Deutsche Fleischer- und Wurstmachergewerbe Berlin 1909 bei Herzoglichem Staatsministerium eingereichten Antrag wegen Bewilligung von Staatsmedaillen bzw. Ehrenpreisen. — Nach Anhörung des Vorstandes der hiesigen Fleischer-Innung wurde die Ablehnung des Antrages anheim gegeben, die auch tatsächlich erfolgte.

4. Ein seitens der Königl. Preußischen Gesandtschaft zu Oldenburg an Herzogliches Staatsministerium gerichtetes Schreiben, in dem die Anregung gegeben ward, durch besondere Verfügung den Prüfungszeugnissen der bei den Werkstätten der preuß. Hessischen Staatseisenbahnverwaltung für das Schlossergewerbe bestellten Prüfungsausschüsse die Wirkung der Zeugnisse über die abgelegte Gesellenprüfung beizulegen. Es wurde mitgeteilt, daß die Kammer mit dieser Anregung einverstanden sei.

5. Eine von dem Bäckermeister Reese hieselbst verfolgte Beschwerde, betr. das Verfahren bei Errichtung der Meisterprüfungskommissionen. — Das Gutachten wurde dahin erstattet, daß die Beschwerde als unbegründet abzuweisen sei, was auch geschah.

6. Eine bei Herzoglichem Staatsministerium eingelegte Beschwerde des Zimmermeisters Legde-Seesen wegen Nichtzulassung zur Meisterprüfung im Maurerhandwerk. — Es wurde ein sehr eingehendes Gutachten abgegeben, in dem hervorgehoben wurde, daß die Beschwerde an und für sich formell und materiell berechtigt sei, daß es sich aber empfehlen würde, in diesem besonderen Falle der zuständigen Meisterprüfungskommission zu gestatten, von dem Prüfling ausnahmsweise eine praktische Arbeitsprobe zu verlangen. Mit diesem Vorbehalte ist auch der Beschwerde Folge gegeben.

7. Eine Eingabe des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages an sämtliche Bundesregierungen betr. die hervorgetretenen Mißstände im Meisterprüfungswesen und die zur Abstellung derselben vorgeschlagenen Maßnahmen. — Es wurde Herzoglichem Staatsministerium mitgeteilt, daß der Vorstand im allgemeinen mit den Darlegungen des Kammertages und den von diesem aufgestellten Leitsätzen einverstanden sei.

Hierbei möge gleich eingeschaltet sein, daß ein weiteres von der Aufsichtsbehörde angeforderte Gutachten über eine Eingabe des Kammertages wegen Regelung des Aufsichtsrechts über die Innungen noch nicht erstattet werden konnte, weil den kammerseitig an die 4 bestehenden Innungsausschüsse des Herzogtums gerichteten Ersuchen, dem Vorstände bestimmte Vorschläge dafür zu unterbreiten, in welcher Weise die Aufsichtsbehörden der Innungen einen größeren Einfluß auf das Innungsleben zu gewinnen und dasselbe lebendiger zu gestalten und ihr Aufsichtsrecht im Einvernehmen mit der Kammer straffer durchzuführen vermöchten, bisher nur von den Innungsausschüssen zu Holzminden und Helmstedt entsprochen ist, und die Antworten der Innungsausschüsse der Städte Braunschweig und Wolfenbüttel noch ausstehen.

8. Die von Herzoglichem Staatsministerium angeregte Frage, ob und inwieweit zu dem Reichsgesetz vom 30. Mai 1908 betr. den sogen. kleinen Befähigungsnachweis besondere Ausführungsbestimmungen für das Herzogtum zu erlassen seien. — Herzog-

lichem Staatsministerium wurde das angeforderte Gutachten mit der Bitte unterbreitet, eine dem bezüglichen preußischen Ministerialerlaß entsprechende Verfügung für die zuständigen Verwaltungsbehörden zu erlassen und hinsichtlich des Inhalts einer solchen Verfügung noch die besonderen Vorschläge der Kammer zu berücksichtigen. Dieser Bitte ist in vollem Umfange entsprochen.

9. Eine vom Reichskanzler ausgegangene, Herzoglichem Staatsministerium anheimgegebene Anregung wegen Gewährung von staatlichen Beihilfen für die Teilnahme von Müllern und Bäckern des Herzogtums an den von der Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung in Berlin veranstalteten Unterrichtskursen. — Die Anregung wurde nach Anhörung der hiesigen Bäcker-Innung und der Müller-Innung für den Kreis Helmstedt befürwortet.

10. Eine Anfrage Herzoglichen Staatsministeriums wegen Einreihung der im Laufe der letzten Wahlperiode neu gegründeten Innungen in die bereits bestehenden Wahlgruppen. — Die Vorschläge der Kammer wurden berücksichtigt.

11. Ein an Herzogliches Staatsministerium gerichtetes Gesuch der Barbier- usw. Innung zu Wolfenbüttel wegen Gewährung einer Beihilfe für ihre Innungsfachschule. — Das Gesuch wurde befürwortet.

12. Die hiesiger Herzoglicher Kreisdirektion zur Entscheidung überwiesene Frage, in welche Kasse die auf Antrag der Handwerkskammer von den unteren Verwaltungsbehörden verhängten Straf gelder zu fließen haben. — Die Kammer vertrat den Standpunkt, daß diese Gelder der Herzoglichen Hauptfinanzkasse mit der ausdrücklichen Bestimmung überwiesen werden müßten, dieselben lediglich zur Förderung des Handwerks zu verwenden.

13. Ein von dem preußischen Regierungspräsidenten zu Magdeburg Herzoglicher Kreisdirektion Blankenburg zur Äußerung überwiesener Antrag der Halberstädter Konditor-Innung wegen Ausdehnung ihres Innungsbezirkes auf den Kreis Blankenburg. — Nach Anhörung der hiesigen Konditor-Innung wurde der genannten Kreisdirektion die Ablehnung des Antrages anheimgegeben.

14. Die hiesiger Herzoglicher Kreisdirektion zur Genehmigung überwiesenen, infolge Innungsbeschlusses abgeänderten Statuten der hiesigen Tischler-Innung sowie die von der Kreisdirektion Helmstedt bereits genehmigten Satzungen der neu gegründeten Uhrmacher-Innung zu Helmstedt. Soweit die letzteren in Betracht kamen, wurde die Kreisdirektion Helmstedt ersucht, noch nachträglich den kammerseitig für erforderlich erachteten Abänderungsvorschlägen Rechnung zu tragen. — Dies ist geschehen.

15. Die der Kammer von Herzoglicher Kreisdirektion Wolfenbüttel vorgelegte Frage, ob ein Landwirt, der zugleich schrotet, verpflichtet ist, einer bestehenden Zwangs-Innung für das Müllergewerbe als Mitglied anzugehören. — Die Frage wurde bejaht.

16. Eine bei Herzoglicher Polizeidirektion hierselbst durch den hiesigen Branddirektor gegebene Anregung wegen Erlaß einer Verordnung über die Aufbewahrung und Lagerung von Brennmaterialien und Nutzholz usw. — Nach Anhörung mehrerer Interessenten wurde genannte Behörde bei Erstattung eines entsprechenden Gutachtens gebeten, von einem solchen Erlaß Abstand zu nehmen.

17. Eine Anfrage Herzoglicher Polizeidirektion, ob das Gelbfärben von Wursthüllen in hiesiger Stadt üblich sei. — Nach Anhörung der Fleischer-Innung wurde die bezügliche gutachtliche Äußerung im verneinenden Sinne abgegeben.

18. Ein weiteres Schreiben der Herzoglichen Polizeidirektion betr. die dort beantragte Verminderung der für die Stadt Braunschweig zugelassenen Ausnahmetage vom 8 Uhr Ladenschluss und der Mindestruhezeit. — Nach gehaltener Umfrage bei den hiesigen Innungen wurde das Gutachten dahin erstattet, daß die Kammer sich entschieden gegen eine solche Maßnahme aussprechen müßte.

19. Eine beim hiesigen Stadtmagistrat eingegangene Beschwerde eines Mitgliedes der Schuhmacher-Innung wegen angeblicher ungesetzlicher und statutenwidriger Innungsmaßnahmen. — Dem Stadtmagistrat wurde mitgeteilt, daß Bedenken gegen das vom Innungsvorstande beobachtete Verfahren nicht zu erheben seien.

20. Die vom hiesigen Stadtmagistrat eingerichtete Lehrstellenvermittlung durch das städtische Arbeitsamt. — Es wurde die Mitwirkung der Kammer bei dieser Institution bereitwilligst zugesagt.

21. Eine bei dem Stadtmagistrat Blankenburg eingereichte Beschwerde der dortigen selbständigen Schneiderinnen wegen ihrer Hinzuziehung zur Schneider-Zwangsinnung. — Es wurde die Ablehnung der Beschwerde anheim gegeben.

22. Die in einer Prozeßsache vor hiesigem Herzoglichen Landgericht strittig gewordene Frage, ob bei Ausführung eines Baues dem Bauunternehmer eine Vergütung für die Anfertigung der Bauzeichnung zustehe. — Das Gutachten wurde im Sinne der von hiesiger Baugewerke-Innung angeforderten Äußerung dem ersuchenden Landgericht erstattet.

Mehrere Male wurde die Kammer auch von Herzoglichem Landgericht bezw. Amtsgericht, in einem Falle sogar vom Königlichen Oberlandesgericht Celle um Benennung geeigneter Sachverständiger gebeten. Speziell handelte es sich dabei um die Begutachtung des Triebwerkes eines Automaten, der Herstellung eines Laubenganges aus T-Eisen und verzinkten Drähten usw. und um die Begutachtung von Möbeln, Schuhwaren, sowie einer eingereichten Rechnung über Tagelohnarbeiten und weiterer in das Gebiet des Zementbaufaches einschlagender technischer Arbeiten.

Schließlich mag auch noch auf die im vergangenen Jahre bereits kurz gestreifte, von der hiesigen Oberpostdirektion erneut angeregte Frage der Vergebung von Arbeiten und Lieferungen seitens der Reichspost- und Telegraphenverwaltung an Handwerks-Korporationen hingewiesen werden. Hierzu möchte ich folgendes bemerken: Bekanntlich ist im Januar d. Js. in dieser Angelegenheit nochmals eine Umfrage bei den interessierten Innungen des Herzogtums veranstaltet, doch haben nur 34 Innungen eine bestimmte Erklärung dahin abgegeben, daß sie zur Übernahme derartiger Arbeiten bereit seien. Da nun Kaiserliche Oberpostdirektion kürzlich bei der Kammer anfragte, wie weit diese Sache gediehen sei, so habe ich am 30. v. M. Gelegenheit genommen, persönlich mit dem Herrn Oberpostdirektor Rücksprache zu nehmen. An dieser Besprechung nahmen auch diejenigen Herren teil, zu deren Dezernat speziell das Vergabungswesen gehört. Ich habe aus dieser Besprechung entnommen, daß Kaiserliche Oberpostdirektion in jeder Weise bemüht ist, mit den Innungen bezw. den besonderen Vereinigungen, die sich innerhalb der Innungen gebildet haben, in dieser Angelegenheit Fühlung zu nehmen und daß es demnach meines Erachtens jetzt lediglich auf die Innungen selbst ankommt, wie sie sich zu den Offerten der Kaiserlichen Oberpostdirektion stellen wollen. Der Herr Oberpostdirektor hat mir noch persönlich zugesichert, daß er sich freuen würde, wenn er mit den Innungen des Herzogtums in dieser Angelegenheit etwas erreichen würde, zumal nach den vom Reichspostamt vorliegenden Berichten in den übrigen Teilen Deutschlands, namentlich in Preußen, ein Fortschritt in dieser Sache unbedingt zu verzeichnen wäre. Um zunächst jeden weiteren Schriftwechsel mit Kaiserl. Oberpostdirektion zu vermeiden, habe ich das der Kammer vorliegende Material, d. h. also die Zusagen der Innungen, dem Herrn Oberpostdirektor übergeben und wird derselbe zunächst Veranlassung nehmen, sich mit den betr. Innungen in Verbindung zu setzen und bleibt dann abzuwarten, wie die Dinge sich weiter entwickeln werden. Jedenfalls ist der gute Wille der Kaiserl. Oberpostdirektion in jeder Beziehung vorhanden.

Auch die Frage „Fabrik oder Handwerk“ hat in der Berichtszeit die Kammer wieder mehrfach beschäftigt und es wurden demgemäß verschiedene Gutachten zu dieser wichtigen, die Kammer in hohem Grade interessierenden Frage, von der man fast behaupten möchte, daß sie eine Lebensfrage für alle Handwerkskammern bedeutet, abgegeben. Vor allem kam hierbei in Betracht der Betrieb der elektrotechnischen Anstalt der Firma Berg Nachf. hier, der Betrieb der Firma Elsner & Holtschmidt hier, die sich mit der Herstellung von Reserveteilen für Strohbindern, Reparaturen von Strohbindern, Kesseln und Dreschmaschinen befaßt, und die Eisenkonstruktionsanstalt von Gödecke & Lippe. In der Schwebe ist noch die dem hiesigen Stadtmagistrat als erste Instanz obliegende Entscheidung betreffs der hiesigen Möbelhandlung von Wilhelm Löhr, über die die Kammer ebenfalls noch eine gutachtliche Äußerung abzugeben hat.

Dabei mag gleich noch bemerkt werden, daß der von der Kammer bei Herzog-

lichem Staatsministerium gegen die Entscheidung der Kreisdirektion Holzminden betr. den fabrikmäßigen Charakter des Schlossermeisters Bruns'schen Betriebes verfolgte Rekurs leider keinen Erfolg gehabt hat, und damit also der genannte Betrieb definitiv als Fabrik erklärt ist.

Abgesehen von den vorerwähnten Gutachten hat die Kammer auch auf Ersuchen der Geschäftsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertages in einer ganzen Reihe von das Handwerk mehr oder weniger tangierenden Fragen sich gutachtlich geäußert, unter andern auch wieder zu solchen, die speziell die Reichsgesetzgebung betrafen.

So wurde zunächst die Gründung eines Verbandes deutscher Innungskrankenkassen auf Grund des Ergebnisses einer bei den eine eigene Krankenkasse besitzenden Innungen gehaltenen Umfrage nicht befürwortet.

Dagegen wurde der Kammertag ersucht, im Interesse des gesamten Handwerks sich gegen die vom Deutschen Bankbeamtenverein und anderen Privatbeamten betriebene Erhöhung der pfandfreien Einkommensgrenze für die im Privatdienst beschäftigten Personen und Arbeiter auszusprechen.

Die Kammer erklärte sich ferner mit der Gründung eines Verbandes der Krankenunterstützungskassen für selbständige Handwerksmeister unter der Bedingung einverstanden, daß die Mitwirkung der betr. Handwerks- und Gewerbe-Kammern dabei nach jeder Richtung hin gewahrt würde.

Der Kammertag wurde sodann gebeten, für eine Ablehnung des Entwurfs eines Elektrizitäts- und Gassteuergesetzes einzutreten und gegen den neuesten Gesetzentwurf betr. die Errichtung von Arbeitskammern insofern Stellung zu nehmen, als die durch die geplante Institution erwachsenden Kosten in gleicher Weise wie die Kosten der Handwerkskammer, auf die Gemeinden umgelegt und damit voraussichtlich auch wieder auf die schon sowieso mit Steuern stark belasteten Handwerksbetriebe abgewälzt werden sollen.

Abstand zu nehmen geglaubt hat dagegen der Vorstand von einer Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf betr. die Inseratensteuer und zu dem Entwurf einer Fernsprechgöbührenordnung sowie zu den übrigen die Reichsfinanzreform betreffenden Gesetzesvorlagen.

Beiläufig mag zu Ihrer Information hervorgehoben sein, daß allerdings von der Geschäftsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertages eine bedeutende Zahl ausführlich begründeter Eingaben dem Bundesrat und Reichstag sowie teilweise auch den Bundesregierungen übermittelt sind, von denen ich besonders erwähnen will die Eingabe

zur Börsengesetznovelle, zum Reichsvereinsgesetz, zur großen Gewerbeordnungsnovelle, sodann die Eingaben betr. die Einschränkung der Beweglichkeit des Osterfestes, Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, unlauteren Wettbewerb, Abänderung des zivilprozessualischen Verfahrens, die Eintragung von Handwerkern ins Handelsregister, sowie den Gesetzentwurf über Arbeitskammern, den Gesetzentwurf über die Preisfestsetzung beim Markthandel mit Schlachtvieh, und den Gesetzentwurf betr. Sicherung der Bauforderungen.

Auch sonst hat die Kammer eine Reihe von Anfragen einzelner Handwerks- und Gewerbe-Kammern, die ihr durch Vermittlung der Geschäftsstelle des Kammertages zgingen, zum Teil in Form gutachtlicher Äußerungen beantwortet.

Um wenigstens einige Einzelheiten herauszugreifen, so wurde der Handwerkskammer Stettin berichtet, welche Maßnahmen von den Verwaltungsbehörden im Herzogtum Braunschweig getroffen seien, um das Reichsgesetz vom 7. Januar 1907 betr. den sogen. Befähigungsnachweis im Baugewerbe zur Durchführung zu bringen.

Der Handwerkskammer Magdeburg wurde bekannt gegeben, daß bei der Abnahme von Gesellen- und Meisterprüfungen, soweit dem Vorstande bekannt, noch keine Unfälle vorgekommen und infolgedessen noch keine Haftpflichtansprüche an die Kammer bzw. ihre Organe gestellt seien.

Einer anderen Kammer wurde über das im Herzogtum beobachtete Verfahren der Gesellenprüfungen der Lehrlinge von Nichttinnungshandwerkern Aufschluß gegeben.

Die Handwerkskammer Gera erhielt auf Anfrage den Bescheid, daß ein gelernter Glaser, der in der Hauptsache Bilderhandel betreibt und sich speziell mit Einrahmen

von Bildern und Spiegeln befaßt, als Mitglied einer bestehenden Glaser-Zwangs-Innung angesehen werden müsse.

Eine Anfrage der Handwerkskammer Weimar, ob solche jungen Leute, die in einer sogen. Konditoreiwarenfabrik lernen und sich nach beendeter Lehrzeit die Bezeichnung Bonbonkocher, Laboranten und dergl. beilegen, als Handwerkslehrlinge anzusehen sind, wurde nach Anhörung der hiesigen Konditor-Innung verneint.

Damit dürfte Ihnen, wenn auch in gedrängter Kürze, ein Bild von der Tätigkeit der Kammer auf gutachtlichem Gebiete gegeben sein.

Abgesehen davon ist die Kammer teils aus eigener Initiative, teils auf besondere Anregung hin für das Wohl der Handwerker des Herzogtums nach jeder Richtung hin stets bedacht gewesen. Diese Behauptung glaube ich ohne Bedenken aufstellen zu können, werde aber auch nicht versäumen, sie durch einige Tatsachen zu beweisen.

Zunächst wurde Herzoglichem Staatsministerium Mitteilung gemacht von der im Juni v. J. in Leipzig abgehaltenen Schuhmacher-Fachausstellung und gleichzeitig dabei der Wunsch ausgesprochen, es möchte einigen selbständigen Schuhmachern und Schuhmachergesellen, die diese Ausstellung zu besuchen geneigt seien, eine Beihilfe aus Staatsmitteln zugebilligt werden. — Diesem Wunsche ist entsprochen.

Ferner wurde Herzogliches Staatsministerium gebeten, dem Leiter des Handwerker-Lehrlingsheims den Besuch des vom Deutschen Verein für das Fortbildungsschulwesen im Juni und Juli v. J. in Leipzig veranstalteten Kurses für Fortbildungsschullehrer durch eine finanzielle Beihilfe zu erleichtern. — Auch diese Bitte ist gewährt.

Die Kammer unterstützte außerdem im Einvernehmen mit der hiesigen Uhrmacher-Innung eine seitens der Deutschen Uhrmacher-Vereinigung zu Leipzig an das Reichsamt des Innern gerichtete Eingabe, in der das unlautere Gebahren der „Nomos-Uhr-Gesellschaft Guido Müller & Co. in Glashütte“ ausführlich geschildert und demzufolge eine Zusatzbestimmung zum § 8 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs gefordert war, nach welcher bei Fabrikation keine Ortsbezeichnung gewählt werden dürfe, die das Publikum über die wahre Produktionsstätte der Ware in Irrtum versetzen könnte.

Sodann hat die Kammer auf Vorstellung der hiesigen Uhrmacher-Innung bei Herzoglichem Staatsministerium gegen eine einem hiesigen beeidigten Auktionator polizeilicherseits erlaubte Versteigerung neuer, dem Uhrmacher Arndt gehöriger Sachen Protest erhoben, worauf die betr. Polizeiverfügung sofort aufgehoben und damit die bereits festgesetzte Versteigerung verboten ward. Wenn dieses Vorgehen der Kammer, das, da Gefahr im Verzuge war, besondere Eile verlangte, auch nicht den beabsichtigten Erfolg gehabt, zumal der betr. Uhrmacher bei seiner bekannten Geschäftsgewandheit den Protest als besondere Reklame für seinen schon längere Zeit dauernden Ausverkauf benutzte, so hat die Uhrmacher-Innung doch in diesem Falle gesehen, daß die Kammer jederzeit zur tatkräftigen Hülfe bereit ist.

An Königliche Eisenbahndirektion Magdeburg ist erst kürzlich infolge einer von der Uhrmacher-Innung zu Helmstedt eingereichten Beschwerde das Ersuchen gerichtet, Ermittlungen darüber anzustellen, ob, wie behauptet, ein in einer kleinen Stadt des Herzogtums wohnhafter Eisenbahnbeamter Handel mit Taschenuhren betriebe, und eventuell geeignete Maßnahmen zu treffen, um diesem, die selbständigen Uhrmacher des betr. Bezirkes schwer schädigenden Unwesen Einhalt zu tun.

Eine Beschwerde eines Handwerkers aus Bad Harzburg betr. das Verfahren bei Grundstücksvermessungen wurde nach Anhörung des dortigen Stadtmagistrats an Herzogliches Steuerkollegium zur Prüfung weitergegeben. — Die Beschwerde wurde für unbegründet erklärt und dabei ausdrücklich hervorgehoben, es möchte im Interesse der Beteiligten darauf hingewiesen werden, daß die Anträge auf Vermessungen bzw. Ausstellung von Vermessungsbescheinigungen nicht erst unmittelbar vor dem Auflassungstermin, sondern frühzeitig gestellt würden. — Diesen Hinweis will ich damit öffentlich gegeben haben.

Eine der wichtigsten Aufgaben, der sich die Kammer in der Berichtszeit unterzogen hat, war die Durchführung des Gesetzes betr. den sogen. kleinen Befähigungsnachweis. Bekanntlich bedürfen nach diesem neuen Gesetz alle diejenigen Handwerker,

die nicht die Meisterprüfung vor einer staatlichen Prüfungskommission bestanden, aber bisher Lehrlinge angeleitet haben, einer besonderen behördlichen Erlaubnis, um vom 1. Oktober 1908 ab neue Lehrlinge anleiten zu können. Und zwar war diese Erlaubnis ausdrücklich zu beantragen. Um nun den Handwerkern des Herzogtums bei der Stellung dieser Anträge entgegenzukommen und behülflich zu sein, hat, wie Sie ja wissen, die Kammer nach längeren Unterhandlungen mit Herzoglichem Staatsministerium mit dessen Einverständnis einen Fragebogen nebst Antrag sowie ein Merkblatt sämtlichen Kreisdirektionen des Landes, sowie dem hiesigen Stadtmagistrat zugesandt, und diese Behörden haben auf Grund ministerieller Anweisung für die Verteilung des Materials an die Inhaber der einzelnen Handwerksbetriebe und die ordnungsmäßige Ausfüllung der Fragebogen und Anträge Sorge getragen.

Infolge verschiedener Umstände ist die Regelung der ganzen Angelegenheit leider erst im Monat Februar definitiv zum Abschluß gekommen, so daß wohl die meisten Anträge, die, wenn auch das Gesetz eine derartige Vorschrift nicht enthält, laut Ministerialverfügung an die Handwerkskammer zur Prüfung einzusenden waren, zum größten Teile, aber jetzt noch nicht eingesandt sind, noch der Erledigung harren. Jedenfalls meine ich, daß trotz alledem die Handwerker in erster Linie Herzoglichem Staatsministerium für die Anordnung des ganzen Verfahrens, dann den Verwaltungsbehörden für die Durchführung desselben, nicht zum mindesten aber auch der Kammer für die umfangreiche Arbeit, die mit der Prüfung der einzelnen Anträge verbunden ist, dankbar sein müssen, zumal dadurch jedwede Gefahr nach der Richtung, daß jemand wegen unbefugter Lehrlingsanleitung sich einer Bestrafung aussetzen könnte, ein für alle Mal beseitigt ist.

Die Kammer ist aber auch mit einer besonderen Eingabe bei Herzoglichem Staatsministerium dahin vorstellig geworden, daß die Urkunden wegen Verleihung der weiteren Lehrbefugnis stempelfrei erteilt würden. — Dieser Bitte ist laut einer bezüglichen, der Kammer abschriftlich zugegangenen Verfügung an die Kreisdirektionen des Landes und den hiesigen Stadtmagistrat in jeder Weise entsprochen.

Schließlich hat die Kammer entsprechend einem Ersuchen des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertages ein gedrucktes Rundschreiben betr. die Bekämpfung des Borgunwesens sämtlichen Innungen des Herzogtums und ebenso allen Zeitungen des Landes bezügliche Preßnotizen zugesandt. Inwieweit den in den Drucksachen empfohlenen Maßnahmen Rechnung getragen ist, darüber ist die Kammer bisher ohne Kenntnis geblieben. Hoffentlich hat die eindringliche Mahnung, mit dem leidigen System der langen Borgfristen jetzt einmal zu brechen, wenigstens etwas genützt. Sollten jedoch wider Erwarten die Innungen noch gar keine Schritte in dieser Angelegenheit unternommen haben, so möchte ich hiermit die dringende Bitte an Sie, meine Herren, die Sie ja als Vertreter der Innungen hier zugegen sind, richten, dafür zu sorgen, daß nun endlich einmal Remedur im Borgunwesen geschaffen wird.

In gleicher Weise wie im Vorjahre sind auch in der Berichtszeit wieder über die Berufswahl der Konfirmanden Ermittlungen durch Umfrage bei den Geistlichen des Landes angestellt und das Ergebnis derselben in einer statistischen Übersicht mit entsprechendem Erläuterungsbericht zur Kenntnis Herzoglichen Staatsministeriums gebracht.

An Gesuchen wegen Gewährung von Stipendien gingen in der Berichtszeit nur 3 ein und zwar von dem Dekorateur Kleimann-Holzminden und Tischlergesellen Gerke-Benzingerode für den Besuch der Tischler-Fachschule zu Detmold, sowie vom Buchbindergehilfen Wilhelm-Seesen für die Teilnahme an einem vom Pfälzischen Gewerbemuseum veranstalteten Meisterkursus im Buchbindergewerbe. Das erstere wurde abgelehnt, die beiden anderen genehmigt und den Petenten Stipendien im Gesamtbetrage von 210 Mark bewilligt.

Die hiesige Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innung erhielt auf ihren Antrag zum Ankauf von Preisen für gute Leistungen im Schaufrisieren 20 Mark ausgezahlt.

Ferner wurden 11 Anträge wegen Mehreinstellung von Lehrlingen und 13 Anträge wegen Abkürzung der Lehrzeit bei der Kammer eingereicht. Der Vorstand genehmigte die ersteren bis auf 3, von den letzteren nur 9, insgesamt wurden demnach 7 Anträge abgelehnt.

Auch in dieser Berichtsperiode hatte die Kammer mehrfach Veranlassung, Straf-

anträge gegen Handwerker zu stellen und zwar wegen Nichtbeachtung der Lehrlingsvorschriften und wegen unberechtigter Führung des Meistertitels. Infolgedessen wurden einige Ordnungsstrafen von den zuständigen Verwaltungsbehörden verhängt und in zwei Fällen auch ein gerichtliches Strafverfahren eingeleitet. Die letzten sind aber zur Zeit noch in der Schwebe.

Die in meinem vorjährigen Geschäftsbericht erwähnte Anklage wegen unbefugter Führung des Titels „Baugewerksmeister“ hat sämtliche Instanzen, zuletzt das Herzogliche Oberlandesgericht hierselbst beschäftigt, doch ist der Angeklagte straffrei aus dem Verfahren hervorgegangen, und die gesamten Kosten des Verfahrens sind der Staatskasse auferlegt. Gleichwohl ist diesem Handwerker auf Grund des mit dem 1. Oktober v. Js. in Kraft getretenen Gesetzes betr. den kleinen Befähigungsnachweis und der für das Herzogtum Braunschweig hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen die Führung des Baugewerksmeistertitels nicht mehr gestattet.

Das von der Kammer im Jahre 1905 errichtete Sachverständigeninstitut ist seit der letzten Plenarsitzung wieder mehrfach in Anspruch genommen. Anträge wegen Erstattung von Gutachten wurden 14 gestellt, davon wurden 8 durch Vergleich erledigt, in einigen Fällen sogar schon, nachdem der Prozeßweg beschritten war. Der Wert des Streitgegenstandes betrug im Minimum 23 Mark, im Maximum 800 Mark.

Buchführungskurse sind auch in dieser Berichtsperiode leider gar nicht beantragt, dafür haben aber 2 praktische Meisterkurse stattgefunden und zwar einer für Schuhmacher-, der andere für Klempnermeister und Installateure über elektrische Licht- und Kraftanlagen.

Zum Beauftragtenwesen übergehend kann ich mitteilen, daß im Kreise Holzminden die ganzen Handwerksbetriebe des Amtsbezirkes Ottenstein und Eschershausen, sowie ein Teil des Amtsbezirks Stadtoldendorf und der Stadt Stadtoldendorf von dem Bureauvorsteher der Kammer, der mit einer Vollmacht der Kammer und einer von Herzoglicher Kreisdirektion Holzminden ausgestellten Legitimation versehen war, kontrolliert sind. Die Kontrolle der noch rückständigen Betriebe soll im Laufe dieses Jahres erfolgen.

Ein Gesuch der Schneider-Innung Blankenburg wegen Gewährung eines Zuschusses für die durch einen Innungsbeauftragten vorzunehmende Kontrolle sämtlicher Schneiderbetriebe des Kreises Blankenburg fand nicht die Zustimmung des Vorstandes. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß die bisherigen derartigen Kontrollen durch Innungsbeauftragte nicht den Erfolg gehabt hätten, den man sich davon versprochen. Es wurde deshalb auch beschlossen, künftig für das Beauftragtenwesen der Innungen keine Kammerzuschüsse mehr zu leisten.

Sodann möge noch erwähnt sein, daß für verschiedene Zwecke, die vorhin schon kurz gestreift wurden, Beihilfen aus Staatsmitteln gewährt worden sind und zwar dem Leiter des Handwerkerlehrlingsheims für die Teilnahme an dem Kursus für Fortbildungsschullehrer zu Leipzig 300 Mark, der Barbier- usw. Innung zu Wolfenbüttel zur Bestreitung der Kosten der von ihr gegründeten Fachschule 60 Mark, 7 Schuhmachermeistern und 2 Schuhmachergesellen des Herzogtums für den Besuch der Schuhmacher-Fachausstellungen in Leipzig und Berlin insgesamt 300 Mark, dem Herrn Vorsitzenden der Kammer und dem Kammermitgliede Herrn Hofkürschner Herbst in ihrer Eigenschaft als Landtagsabgeordneten für ihre gemeinschaftliche Studienreise nach Prag, Wien und Graz zur Besichtigung der dortigen Gewerbeförderungseinrichtungen ein Reisekostenzuschuß von je 250 Mark und endlich zur Bestreitung der Kosten des Meisterkurses für Installateure 350 Mark, demnach die Gesamtsumme von 1510 Mark. Außerdem hat Herzogliches Staatsministerium 25 000 Mark aus den dem Staate zufließenden Geldern der Warenhaussteuer für den beabsichtigten Neubau des Handwerkerlehrlingsheims auf dem Hinterlande des Gildehauses bewilligt, während der Rest von 60 000 Mark laut Beschluß der Stadtverordneten aus dem städtischerseits errichteten Warenhaussteuerfonds entnommen werden sollen.

Zum Innungswesen ist zu bemerken, daß im Laufe des Jahres eine Zwangsinnung und zwar für das Uhrmachergewerbe im Kreise Helmstedt mit dem Sitze in der Stadt Helmstedt neu gegründet ist, so daß die Zahl aller Innungen nunmehr auf 156, wovon 84 Zwangs- und 72 freie Innungen, angewachsen ist.

Der Meisterprüfung haben sich 108 Prüflinge unterzogen und zwar vor den Prüfungskommissionen für den

Kreis Braunschweig . . .	58
„ Wolfenbüttel . . .	8
„ Helmstedt . . .	19
„ Gandersheim . . .	18
„ Holzminden . . .	2
„ Blankenburg a. H. . .	3

17 Ehrenurkunden haben verliehen werden können, nämlich 14 Ehrendiplome für 25jährige und längere Tätigkeit in ein und demselben Betriebe und 3 Ehrenmeisterbriefe, einer dem Schuhmachermeister Kleine in Seesen zu seinem 50jährigen Meisterjubiläum und die beiden anderen dem stellvertretenden Vorsitzenden der Kammer, Schlossermeister Behrens hierselbst und dem Vorstandsmitgliede, Tischlermeister Kaulitz-Blankenburg zu ihrem 25jährigen Innungsobmeisterjubiläum. Letztere beiden erhielten auch in besonderer Anerkennung ihrer Verdienste um das Handwerk Ordensauszeichnungen von Sr. Hoheit dem Herzog-Regenten, Herr Behrens das Verdienstkreuz 1. Klasse und Herr Kaulitz das Verdienstkreuz 2. Klasse des Herzoglichen Ordens Heinrich des Löwen. Das Ehrenzeichen 2. Klasse zu diesem Orden wurde 6 Handwerksgelesen verliehen.

Bezüglich der Verleihung von Ehrendiplomen wird Sie übrigens noch ein Vorstandsbeschluß interessieren, der in der Sitzung vom 3. August v. Js. gefaßt ist. Danach sollen prinzipiell Anträge wegen derartiger Verleihungen nur dann genehmigt werden, wenn die Arbeitstätigkeit der betr. Handwerksgelesen weder durch Streiks noch durch Aussperrungen, wenn auch nur für kurze Zeit, unterbrochen ist.

An Sitzungen haben in der Berichtsperiode stattgefunden: 3 Vorstandssitzungen 12 Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses, sowie je 1 Sitzung des Rechnungsausschusses und des Ausschusses zur Regelung des Lehrlingswesens.

Die Kammer hat in dieser Zeit auch bei Anlässen verschiedener Art Vertreter entsandt, am 30. Juni d. Js. zu der dritten Generalversammlung der Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harz in Bad Harzburg, am 14., 15. und 16. Juli v. Js. zu den Beisetzungsfeierlichkeiten der hochseligen Herzogin Elisabeth von Mecklenburg in Schwerin den Herrn Vorsitzenden, am 10. und 11. August v. Js. zu der Verbandssitzung Deutscher Hohlschleifereibesitzer hierselbst, am 16. August v. Js. zu der Fahnenweihe der Fleischer-Innung Helmstedt, verbunden mit der Feier des 20-jährigen Bestehens der Innung, am 24., 25. und 26. August v. Js. zu den Verhandlungen des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages zu Breslau, am 5. Oktober v. Js. zu der Feier des 50jährigen Berufsjubiläum des Obermeisters der hiesigen Baugewerke-Innung, Zimmermeister Alb. Nieß hier, am 11. September v. Js. zu einer Sitzung der niedersächsischen Handwerkskammern zu Hannover, am 21. September v. Js. zu den Verhandlungen des Reichshandwerkertages zu Graz, am 27. September v. Js. zu den Verhandlungen des Braunschweiger Handwerkertages zu Wolfenbüttel, am 9., 10. und 11. Oktober v. Js. zu dem 10. Deutschen Fortbildungsschultage hierselbst, am 1. November v. Js. zu der 90jährigen Stiftungsfestfeier des Kaufmännischen Vereins „Union“ hierselbst, und am 3. März d. Js. zu dem 4. Verbandstage des Verbandes ländlicher Genossenschaften im Herzogtum Braunschweig.

Ferner haben der Vorsitzende und Sekretär sowie die Obermeister der Fleischer-Innung zu Braunschweig und Gandersheim und noch je ein Fleischermeister aus Braunschweig, Veltheim und Timmerlah neben dem sonst noch hinzugezogenen Vertreter der Herzoglichen Polizeidirektion, dem Gewerberat, dem Stadtphysikus und einem Tierarzt an einer für den 12. März d. Js. im Ministerialgebäude unter dem Voritze Sr. Exzellenz Herrn Wirklichen Geh. Rat Hartweg anberaumten Konferenz über den Gesetzentwurf betr. die Einrichtung und den Betrieb von Schlachtereien und Anlagen, in denen Fleisch- und Wurstwaren zum Verkauf hergestellt werden, sowie über den Verkehr mit Fleischwaren, teilgenommen.

Seit der letzten Vollversammlung sind bei Nichtberücksichtigung der periodischen Druckschriften 2431 Eingänge und 2044 Ausgänge, demnach zusammen 4475 Nummern zu verzeichnen. Werden alle Geldsendungen und ähnliches einzeln mitgerechnet, so

würden die Zahlen sich noch erheblich steigern. Eine Registratur darüber ist jedoch nicht aufgenommen, ebenso nicht über die Zahl der telephonischen Gespräche, Auskünfte usw.

Weiter soll der Geschäftsbericht, der ja nur ein kurzes Resumé der hauptsächlichsten Vorgänge der Kammer im abgelaufenen Jahre darstellt, nicht ausgedehnt werden. Hoffentlich werden Sie aber auch aus diesem Bericht entnommen haben, daß die Tätigkeit der Kammer mit jedem Jahre umfangreicher und ersprießlicher wird.

An den Geschäftsbericht schließt sich eine kurze Diskussion.

Herr Zenker teilt mit, daß er seitens der Uhrmacher- und Juwelier- etc. Innung beauftragt sei, dem Vorstände der Handwerkskammer an dieser Stelle herzlichen Dank für das energische Vorgehen gegen den Uhrmacher Max Arndt, das ja im Geschäftsbericht näher ausgeführt sei, auszusprechen.

Herr Lutterberg ist der Meinung, daß bei der Wahl der Meisterprüfungs-Kommissionsmitglieder anders verfahren werden müßte. Wenn er auch anerkennen wolle, daß die Innungen an und für sich in dieser Angelegenheit nur ein Vorschlagsrecht hätten, so müßten doch deren Vorschläge, wenn sie einmal von der Handwerkskammer angefordert würden, auch berücksichtigt und nicht, wie es jetzt zum Teil geschehen, ganz andere Mitglieder in Vorschlag gebracht werden.

Der Sekretär erwidert darauf, daß bei den Herzöglichem Staatsministerium unterbreiteten Vorschlägen für die Meisterprüfungs-Kommissionsmitglieder die von den Innungen namhaft gemachten Personen so viel wie möglich berücksichtigt seien. Es könne allerdings möglich sein, daß bisweilen Handwerksmeister, die die Innungen als Beisitzer vorgeschlagen, auf Veranlassung der Kammer als Ersatzmänner bestellt seien, da der Vorstand prinzipiell den Standpunkt vertreten habe, daß die Beisitzer wenn irgend angängig, am Sitze der Prüfungskommissionen, d. h. in den Kreisstädten, wohnen müßten.

Herr Lutterberg kommt dann auf den Fall betr. den Schlossereibetrieb der Firma Bruns-Holzminden zu sprechen und bedauert sehr, daß dessen Betrieb jetzt endgültig als fabrikmäßiger angesehen werde. Dies läge aber nur daran, daß, wie er im vorigen Jahre bereits erwähnt, die Behörden zu wenig Rücksicht auf die Gutachten der Innungen und Handwerkskammern nähmen. Denn die Innung habe den betr. Betrieb nicht als fabrikmäßigen anerkannt, wohl aber der Stadtmagistrat, und es zeige sich nun, daß die Entscheidung in dessen Sinne ausgefallen sei. Dies wäre aber unbedingt zu verwerfen, denn nur die Handwerkskammer könne hierüber urteilen. Betreffs des Submissionswesens ist Herr Lutterberg der Meinung, daß die Behörden und Hochbauinspektionen angewiesen seien, bei Vergebungen möglichst solche Handwerker zu berücksichtigen, die den Meistertitel führten. Dies sei jedoch in Holzminden nicht der Fall.

Der Vorsitzende entgegnet, daß die betr. Behörden darauf aufmerksam gemacht werden sollten. Gezwungen werden könnten sie selbstverständlich nicht.

Herr Müller meint, der Geschäftsbericht sei ja sehr interessant gewesen, aber er habe die Mitglieder 1 Stunde in Anspruch genommen und man sei jetzt sehr abgespannt. Er stelle daher den Antrag, diesen Bericht in Zukunft drucken zu lassen und den Mitgliedern vorher zuzuschicken.

Der Antrag wird angenommen.

II. Neuwahl von 7 Vorstandsmitgliedern.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß bei diesem Punkte eine besondere Wahlkommission mitzuwirken habe, und schlägt als Mitglieder derselben die Herren Tolle, Seubert und Ließmann vor. Nachdem der Vorschlag einstimmig angenommen, werden gemäß § 27 der Statuten der Kammer die Wahlen geheim und durch Stimmzettel vorgenommen. Über diese Wahlhandlungen wird ein besonderes Protokoll geführt. Bei der Wahl des Vorsitzenden, die in Abwesenheit desselben stattfindet, übernimmt Herr Behrens den Vorsitz.

Der bisherige Vorsitzende, Herr Osterloh, wird einstimmig mit 45 Stimmen wiedergewählt und nimmt die Wahl dankend an mit der Versicherung, stets für die Interessen der Handwerkskammer einzutreten.

Er teilt dann der Versammlung mit, daß der Vorstand beschlossen habe, für die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Herren Rose und Kaulitz deren Wiederwahl zu empfehlen und an Stelle der Herren Wollenweber, Pistorius, Dressel und Kauffmann die Herren Froböse, Lutterberg, Hardeweg und Müller vorzuschlagen. Falls die Versammlung hiermit nicht einverstanden sei, bitte er um anderweite Vorschläge.

Herr Märtens hält es nicht für richtig, daß Herr Froböse als Vorstandsmitglied vorgeschlagen werde. Er habe absolut nichts persönliches gegen genannten Herrn, aber da Herr Froböse überhaupt erst zum ersten Male den Verhandlungen beizuhne, fände er dieses Verfahren nicht recht.

Der Vorsitzende erwidert darauf, daß die Wahl der Abgeordneten und Vorstandsmitglieder auf einer bestimmten Basis aufgebaut sei, und daß es sich in erster Linie danach richte, wie stark das betr. Handwerk vertreten sei, und wie sich die Angehörigen desselben auf den Kammerbezirk verteilen. Aus diesem Grunde habe der Vorstand für Herrn Fleischermeister Wollenweber Herrn Hofschlachter Froböse vorgeschlagen. Die Einrede, daß Herr Froböse zum ersten Male in der Versammlung sei, halte er nicht für stichhaltig, denn er glaube bestimmt annehmen zu können, daß Herr Froböse diesem Amte in jeder Beziehung wohl gewachsen sei.

Herr Vehe bemerkt dann, daß er ebenfalls nichts persönliches gegen Herrn Froböse habe; er möchte aber Herrn Märtens, den er als einen Mann kennen gelernt, der auch im Stande sei, seinem Freunde einmal eine unangenehme Wahrheit zu sagen, in Vorschlag bringen.

Herr Märtens bittet von seiner Person Abstand zu nehmen und schlägt Herrn Horney, den Vorsitzenden des Innungsausschusses vor.

Herr Bierberg unterstützt den Vorschlag des Vorstandes.

Herr Vehe spricht noch einmal für die Wahl von Herrn Märtens.

Herr Seubert steht auf dem Standpunkte des Vorsitzenden und glaubt, daß das Fleisergewerbe, welches von Anfang im Vorstande vertreten gewesen sei, auch ferner darin vertreten sein müsse.

Dem Ersuchen des Vorsitzenden entsprechend, werden dann die Wahlen vorgenommen.

Nach Beendigung derselben gibt die Wahlkommission folgende Resultate bekannt:

Herr Froböse hat . .	26	Stimmen erhalten,
„ Märtens hat . .	18	„ „
„ Horney hat . .	1	„ „
„ Müller hat . .	39	„ „
„ Kauffmann hat . .	7	„ „
„ Seubert hat . .	1	„ „
„ Hardeweg hat . .	46	„ „
„ Rose hat	46	„ „
„ Lutterberg hat . .	45	„ „
„ Kaulitz hat . .	46	„ „

Danach sind die Herren Froböse-hier, Müller-Wolfenbüttel, Hardeweg-Helmstedt, Rose-Gandersheim, Lutterberg-Holzminden und Kaulitz-Blankenburg als Vorstandsmitglieder gewählt.

Sämtliche Herren nehmen die Wahl dankend an.

III. Zuwahl von Mitgliedern.

Der Vorsitzende bringt zur Kenntnis, daß von den 8 gemäß § 5 der Satzungen zugewählten Mitgliedern die Herren Hoffriseur Berger und Korbmachermeister Wolf hierselbst, Schornsteinfegermeister Kühne-Vechelde und Mühlenbesitzer Ewig-Gandersheim sowie deren Ersatzmänner, die Herren Hoflieferant E. Kohlmann und Buchbindermeister W. Severit hierselbst, Schornsteinfegermeister Peters-Schöppenstedt und Mühlenbesitzer Mull-Laubhütte, nach nunmehriger 6jähriger Amtsdauer auszuscheiden hätten und daß der Vorstand beschlossen habe, die Herren Berger, Wolf und Ewig wieder und für Herrn Kühne Herrn Bäckermeister

Bethge-Calvörde vorzuschlagen, da das Schornsteinfegerhandwerk jetzt durch Herrn Wienecke als ordentliches Kammermitglied vertreten sei.

Herr Wienecke bittet, Herrn Buchbindermeister Severit an Stelle des Herrn Kühne zu wählen, damit das Buchbinderhandwerk, welches bisher durch Herrn Buchbindermeister Hoffmann vertreten gewesen, auch ferner in der Kammer einen Vertreter habe.

Herr Hardeweg unterstützt den Vorschlag des Vorstandes.

Der Vorsitzende gibt der Versammlung nochmals anheim, auf jeden Fall Herrn Bäckermeister Bethge-Calvörde zu wählen; denn die Innungen des Amtsbezirks Calvörde hätten schon wiederholt um eine besondere Vertretung gebeten, und müsse er diese Bitte in jeder Beziehung unterstützen.

Darauf werden durch Zuruf die Herren Berger, Wolf und Ewig wieder und Herr Bethge neu zugewählt, und nehmen diese Herren die auf sie gefallene Wahl an. Als Ersatzmänner werden ebenfalls durch Zuruf die Herren Sattlermeister Baumbach und Buchbindermeister Severit-Braunschweig, Schlossermeister Bahns-Wolfenbüttel und Tischlermeister Emil Müller-Gandersheim gewählt.

IV. Neuwahlen der ständigen Ausschüsse.

Der Vorsitzende teilt zunächst mit, daß der Vorstand beschlossen habe, für Herrn Freise, welcher dem Ausschuß für das Lehrlingswesen angehörte, Herrn Lutterberg und für die Herren Wollenweber, Neddermeyer, Krüger, Brackebusch, Pistorius und Freise, die Mitglieder des Ausschusses für das gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulwesen gewesen, die Herren Froböse, Birkholtz, Winkler, Schröder, Lutterberg und Ehlers vorzuschlagen, im übrigen aber die Wiederwahl der früheren Mitglieder der bezeichneten Ausschüsse zu empfehlen.

Herr Kaulitz macht noch den Vorschlag, in den Ausschuß für das gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulwesen an seiner Stelle Herrn Ließmann zu wählen.

Die Versammlung erklärt sich mit sämtlichen Vorschlägen einverstanden und werden daraufhin die Wahlen durch Zuruf vorgenommen.

Danach sind gewählt in den „Ausschuß für das Lehrlingswesen“ die Herren Burgdorf, Hardeweg und Lutterberg, in den „Berufungsausschuß“ die Herren Horney, Berger und Wolf, in den „Rechnungsausschuß“ die Herren Horney, Vehe und Wolf, in den „Ausschuß zur Förderung des Handwerks“ die Herren Behrens, Göcke, Hahn, Kronemann, Geffers, Bierberg, Lutterberg und Kaulitz, in den „Ausschuß für das gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulwesen“ die Herren Meyer, Eicke, Froböse, Kiehne, Kauffmann, Noack, Cassel, Birkholtz, Geffers, Bierberg, Winkler, Schröder, Lutterberg, Ehlers, Blume, Ließmann und Heuwold.

Gegen 1 $\frac{1}{4}$ Uhr tritt eine etwa halbstündige Frühstückspause ein. Nach Beendigung derselben werden die Verhandlungen fortgesetzt.

V. Abnahme der Jahresrechnung pro 1907/08.

Herr Horney berichtet namens des Rechnungsausschusses, daß dieser sämtliche Bücher über die Einnahmen und Ausgaben nebst den dazu gehörigen Belägen in den Sitzungen vom 18. und 19. Juni 1908 geprüft und für richtig befunden habe. Die einzelnen Positionen der Jahresrechnung vorzulesen, würde wohl zu viel Zeit in Anspruch nehmen und sei ja auch überflüssig; denn wie vom Vorsitzenden bei Eröffnung der Sitzung bereits bekannt gegeben, läge die Abrechnung im Bureau der Kammer zur Einsicht aus. Es habe sich nun beim Rechnungsabschluß eine Einnahme von 22 263,43 Mark, die sich aus einem Kassenvorrat von 5471,25 Mk. und den Handwerkskammerbeiträgen in Höhe von 16 792,18 Mk. zusammensetze, und eine Ausgabe von 17 263,43 Mark ergeben, so daß am 1. April 1908 der Kassenbestand 5000 Mk. betragen habe. Da die Rechnungsführung in jeder Beziehung ordnungsmäßig erfolgt sei, beantrage er, dem Rechnungsführer, Herrn Göcke, für die Jahresrechnung Entlastung zu erteilen.

Der Vorsitzende fügt noch hinzu, daß nach einer dem Vorstande von Herzoglicher Hauptfinanzkasse zugewandenen Abrechnung das zeitige Vermögen der Kammer auf 9450 Mk. angewachsen sei.

Herr Kantner bittet, künftig die Abrechnung den Mitgliedern gedruckt zugehen zu lassen, damit diese den Innungen über alle Ausgaben der Kammer genaue Auskunft geben könnten.

Der Vorsitzende entgegnet, dies sei doch nicht gut möglich. Es könne ja künftig im Haushaltsplan mit aufgeführt werden, wie viel tatsächlich die Ausgaben für die einzelnen Positionen betragen hätten.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

Eine Anfrage des Herrn Kantner, ob in der Abrechnung auch die Einnahmen von den Meisterprüfungen mit enthalten seien, wird vom Vorsitzenden im verneinenden Sinne beantwortet. Diese würden, so führt er aus, besonders verbucht und verrechnet und eine Abrechnung hierüber Herzoglichem Staatsministerium in der Regel alljährlich zugesandt.

Danach wird dem Antrage des Herrn Horney, dem Rechnungsführer Entlastung zu erteilen, stattgegeben.

Im Anschluß daran gibt der Vorsitzende noch bekannt, daß am 1. April 1908 der Stipendienfonds 10 339,50 Mk. betragen habe und durch weitere Zuschüsse, sowie Zinsen usw. bis zum 1. April 1909 auf 11 099,50 Mk. angewachsen sei. Der Stipendienfonds habe also eine ansehnliche Höhe erreicht, trotzdem verschiedene strebsame junge Leute, wie ja aus dem Geschäftsbericht hervorgegangen, eine Unterstützung erhalten hätten. Der Vorsitzende spricht hierbei noch den Wunsch aus, daß die beiden geplanten Wohlfahrtseinrichtungen, das Kinderferienheim und Altersheim, sich ebenso entwickeln möchten; denn wenn bedacht würde, daß, sobald seitens der Handwerker eine namhafte Summe zusammengebracht sei, auch Herzogliches Staatsministerium gern bereit wäre, die geplanten Unternehmungen zu unterstützen, so müsse es doch Vergnügen machen, für diese Sache tätig zu sein und zu werben.

Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegmann bemerkt hierzu, daß auch er warm empfehlen möchte, die Vorbereitungen zu diesen geplanten Unternehmungen mit Energie zu betreiben. Bei der Zweckdienlichkeit und Nützlichkeit dieser Institutionen müsse man dieses doch auch mit Lust und Liebe tun; denn wenn ein Altersheim oder ein Erholungsheim für Kinder errichtet würde, so sei dieses etwas, was dem ganzen Stande zur eigenen Ehre geschaffen sei. Aus dem Grunde sei auch Herzogliches Staatsministerium zur Förderung dieses Gedankens durch Gewährung einer finanziellen Unterstützung gern bereit, verknüpfe jedoch damit die Bedingung, daß vorerst die Handwerker selber ein Interesse an der Verwirklichung dieser Gedanken durch einmalige Zahlung einer bestimmten Summe oder durch Zeichnung eines jährlichen Beitrages bekundeten. Da nun bereits in der vorjährigen Plenarsitzung diese Sache angeregt sei, so möchte er den Innungen anheimgeben, sich jetzt endlich einmal ernstlich die Frage vorzulegen: Sollen wir dieses Unternehmen unterstützen oder nicht? und dann schleunigst einen bestimmten Beschluß zu fassen, um diesen der Handwerkskammer mitzuteilen, damit die Kammer Herzoglichem Staatsministerium bei Erbitung der Unterstützung das Interesse des gesamten Braunschweiger Handwerks beweisen könne.

Es entspinnt sich über diese Angelegenheit noch eine kurze Debatte, an der sich insbesondere die Herren Lutterberg, Seubert und Kantner beteiligen. Der Vorsitzende gibt zum Schluß noch anheim, eine eventuell neu zugeschickt erhaltene Anfrage der Kammer in dieser Angelegenheit möglichst umgehend beantworten zu wollen, da jetzt, wenn auf staatliche Beihilfe überhaupt noch gerechnet werden solle, Eile not tue.

VI. Festsetzung des Haushaltsplanes pro 1909/10.

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1909/10, der sämtlichen Kammermitgliedern bereits zugesandt war, weist folgende Hauptpositionen in den Ausgaben auf:

- | | |
|---|----------|
| 1. Entschädigung für Wahrnehmung der Geschäfte der Kammer . | 1800 Mk. |
| 2. Reisekosten und Diäten | 3250 „ |
| 3. Gehälter | 7600 „ |

4. Miete	1500 Mk.
5. Heizung und Beleuchtung der Bureauräume	500 „
6. Anschaffungen für das Bureau	200 „
7. Bureau-Unkosten	1800 „
8. Bibliothek	200 „
9. Abonnements für Fachzeitungen usw. und Beitrag zum Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertage	150 „
10. Zuschuß zur Herstellung des „Handwerksbote“	960 „
11. Jahresbeitrag zum Stipendienfonds	300 „
12. Ehrungen	200 „
13. Außerordentliche Ausgaben und Unvorhergesehenes	540 „

Da Einwendungen gegen den Haushaltsplan von keiner Seite erhoben werden, wird derselbe wie im Vorjahre mit 19000 Mk. im ganzen genehmigt.

Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Mitglieder des Gesellenausschusses bei dem nun folgenden Punkte der Tagesordnung mitzuwirken haben, aber noch nicht erschienen sind, wird dieser einstweilen zurückgestellt.

VII. Abänderung der Meisterprüfungsordnungen.

Einleitend hierzu bemerkt der Sekretär, daß infolge der Gewerbeordnungs-novelle vom 30. Mai v. Js. betr. den sogen. kleinen Befähigungsnachweis einige Abänderungen der Meisterprüfungsordnungen nötig geworden und deshalb durch Verfügung Herzoglichen Staatsministeriums vom 8. Februar d. Js. besonders angeordnet seien.

Diese Änderungen betreffen in der Hauptsache den § 1 der Meisterprüfungsordnungen Muster A., B., C. und D. Zunächst sei dort zwischen den jetzigen Ziffern 2 und 3 folgender Satz als Ziffer 3 zu setzen:

„Das Zeugnis über das Bestehen der Gesellenprüfung oder das Prüfungszeugnis einer Lehrwerkstätte, gewerblichen Unterrichtsanstalt oder Prüfungsbehörde, deren Zeugnissen von der Landeszentralbehörde die Wirkung der Zeugnisse über das Bestehen der Gesellenprüfung beigelegt ist, oder der Nachweis, daß der Prüfling gemäß § 129 Absatz 6 der R.G.O. zur Anleitung von Lehrlingen befugt ist.“

und dazu als Anmerkung der Wortlaut des Art. 2 Ziff. II der genannten Novelle abzudrucken:

„Während der ersten 5 Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes betr. die Abänderung der R.G.O. (1. 10. 08) darf die Zulassung der Meisterprüfung von dem Bestehen der Gesellenprüfung (§ 133 Abs. 3 der R.G.O.) nicht abhängig gemacht werden. Für Personen, die beim Inkrafttreten des genannten Gesetzes zur Anleitung von Lehrlingen befugt sind, gilt das Gleiche auch nach Ablauf dieser 5 Jahre.“

Ziffer 5 sei dafür ganz zu streichen und am Ende des § 1 ein neuer Absatz mit folgender Fassung aufzunehmen:

„Die die Zulassung zur Meisterprüfung ablehnende Entscheidung der Prüfungskommission kann binnen 2 Wochen durch Beschwerde bei Herzoglichem Staatsministerium, Abteilung des Innern, angefochten werden.“

Der § 16 müsse ebenfalls abgeändert werden und den Wortlaut erhalten:

„Das Bestehen der Meisterprüfung nach den vorstehenden Bestimmungen berechtigt den Prüfling nach Vollendung des 24. Lebensjahres zur Führung des Meistertitels in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks sowie zur Anleitung von Lehrlingen in diesem Handwerk.“

Sämtliche Abänderungen bedürften aber keiner formellen Genehmigung seitens der Versammlung, da sie seitens Herzoglichen Staatsministeriums angeordnet seien.

Herr Müller bemerkt, daß er als Vorsitzender der Meisterprüfungskommissionen für den Kreis Wolfenbüttel schon wiederholt Fälle gehabt habe, in denen die Prüflinge gar nicht in der Lage gewesen seien, die im § 1 geforderten Nachweise über die ab-

gelegte Gesellenprüfung oder über die 3jährige Tätigkeit als Geselle zu erbringen, da ihnen diese Papiere, wenn sie auf der Wanderschaft gewesen, verloren gegangen seien, und fragt deshalb an, ob solche Personen dann nicht zur Prüfung zugelassen werden dürften.

Der Sekretär erwidert, daß Ausnahmen von der Regel stets zulässig seien; denn am Schluß des § 1 hieße es bezüglich der früheren Ziffer 3, in der dieser Nachweis verlangt würde: „Diese, d. h. die Prüfungskommission, entscheidet auch über Ausnahmen von Abs. 3 Ziff. 3.“

Herr Rose bringt im Anschluß hieran als Vorsitzender der Meisterprüfungskommissionen im Kreise Gandersheim einen sich kürzlich in Seesen a. H. zugetragenen praktischen Fall zur Sprache und führt folgendes dazu aus:

Ein gemäß § 133 R. G. O. geprüfter Zimmermeister habe sich bei ihm zur Prüfung im Maurerhandwerk angemeldet, wäre jedoch nicht in der Lage gewesen, den Nachweis zu erbringen, daß er in diesem Handwerk praktisch tätig gewesen sei. Da solches der Meisterprüfungsordnung zufolge aber verlangt würde, habe er ihn nicht zur Prüfung zugelassen, sondern ihm anheimgegeben, sein Gesuch der Prüfungskommission zu unterbreiten. Diese habe sich jedoch im gleichen Sinne ausgesprochen, worauf betr. Zimmermeister Beschwerde bei Herzoglichem Staatsministerium als höchste Instanz verfolgt habe. Der Kandidat habe daraufhin den Bescheid erhalten, daß seiner Beschwerde stattgegeben sei und er zur Meisterprüfung auch ohne die fraglichen Nachweise zugelassen werden müsse.

Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegmann bemerkt in Ergänzung hierzu, daß im vorliegenden Falle auf Vorschlag der Handwerkskammer mit der Zulassung zur Meisterprüfung ausdrücklich die Bedingung verknüpft worden sei, daß der Prüfling außer der sonst nur verlangten theoretischen Prüfung auch eine praktische Prüfung und zwar eine Arbeitsprobe zu bestehen habe, so daß er also den Nachweis erbringen müßte, daß er alles das könne, was von einem Maurermeister verlangt würde.

Herr Rose führt dann noch weiter aus, daß er der Prüfungskommission diesen Bescheid mitgeteilt und gleichzeitig um Stellung einer Aufgabe für die praktische Prüfungsarbeit gebeten habe. Eine schriftliche Nachricht habe er hierauf allerdings noch nicht erhalten, aber bereits mündlich erfahren, die Prüfungskommission weigere sich eine Aufgabe zu stellen, weil sie sich von vornherein sagen müßte, daß der Prüfling die praktische Prüfung nicht bestehen könne, und ein Nichtbestehen der Prüfung vermeiden wolle.

Herr Hardeweg ist der Meinung, daß in diesem Falle von dem Prüfling doch nicht der Nachweis erbracht werden könne, daß er das Maurerhandwerk erlernt habe. Dieses müsse doch aber unbedingt verlangt werden.

Der Sekretär entgegnet, daß dieses nicht erforderlich wäre, da nach den für das Herzogtum geltenden Meisterprüfungsordnungen nur der Nachweis einer Gesellentätigkeit erforderlich sei; anders läge die Sache in Preußen, denn da lautete der betr. Passus folgendermaßen: „Der Nachweis, daß der Prüfling nach beendeter Lehrzeit mindestens 5 Jahre lang in dem Handwerk, in dem er die Prüfung ablegen will, praktisch tätig gewesen ist und davon mindestens 2 Jahre in leitender Stellung als Polier oder in ähnlicher Eigenschaft.“

Herr Rose stellt noch fest, daß der Prüfling auch diesen Nachweis nicht erbracht habe.

Herr Geh. Regierungsrat Dr. Stegmann führt weiter aus, daß im § 133 ausdrücklich der Ausdruck „in der Regel“ gewählt sei, um auch Ausnahmen zu gewähren. Ob dieser Fall nun geeignet gewesen sei, eine Ausnahme zuzulassen, wäre nur nach der Sachlage zu beurteilen gewesen und man hätte in diesem Falle wohl ein Auge zudrücken können. Wenn jemand die Fähigkeit besäße, zwei Handwerke völlig zu beherrschen und sich in beiden der Meisterprüfung zu unterziehen, so dürfe man von dem Prüfling nicht mehr, aber auch nicht weniger verlangen als von jemand, der das betr. Handwerk ordnungsmäßig erlernt habe. Woher er dann diese Fähigkeit habe, ob er sie aus eigener Kraft erworben oder ob sie ihm sonst beigebracht, sei ganz gleichgültig; denn in erster Linie käme es darauf an, ob er die Bedingungen, die sich mit der Meisterprüfung verknüpften, erfüllte, und könne er dieses, so sei er zweifellos ein tüchtiger Handwerker.

Danach werden die vom Sekretär vorgetragenen Abänderungen der Meisterprüfungsordnungen von der Versammlung gutgeheißen.

Der Vorsitzende weist noch darauf hin, daß der praktische Teil der Meisterprüfungen in den meisten Fällen zu sehr ausgedehnt würde. Es käme vor, daß die Prüflinge an ihrem Meisterstück $\frac{1}{4}$ Jahr arbeiten müßten. Dieses ließe sich jedoch ganz gut vermeiden; denn ebenso wie seitens der hiesigen Tischler- und auch schon von anderen Innungen eingeführt sei, daß die Gesellenstücke unter Aufsicht der Prüfungskommission angefertigt würden, ließe sich dieses auch bei der Meisterprüfung machen. Die Tischler-Innung habe deshalb in der letzten Innungs-Versammlung beschlossen, den Prüflingen als Meisterstück eine kleine Arbeit aufzugeben, die diese unter ständiger Aufsicht von Anfang bis zu Ende anzufertigen hätten und an der man sehen könne, ob sie die notwendigen Arbeiten leisten könnten. Dieses habe nach seiner Meinung auch viel mehr Wert, als wenn die Prüflinge an einem großen Meisterstück $\frac{1}{4}$ Jahr ohne Aufsicht arbeiteten. Er möchte deshalb bitten, doch nach Kräften dafür eintreten zu wollen, daß nach und nach dieser Anregung auch von anderen Handwerken nachgekommen würde.

Herr Lutterberg bringt dann zur Sprache, daß die Prüfungsgebühren im Bauhandwerk 60 Mk., in allen übrigen Handwerken jedoch nur 30 Mk. betrügen, daß aber die Entschädigungssätze der Prüfungskommissionsmitglieder in allen Handwerken gleich seien. Sein Antrag ginge deshalb dahin, die den Beisitzern der Meisterprüfungskommissionen für das Baugewerbe zu zahlende Entschädigung zu erhöhen.

Herr Eicke unterstützt diesen Antrag und meint, daß mindestens das Doppelte dafür festgesetzt werden könne; denn da tagelang Vorarbeiten nötig wären, sei dieses nicht zu viel.

Der Sekretär entgegnet, daß, sobald die Prüfungen mehrere Tage in Anspruch nehmen, nach der Meisterprüfungsordnung auch für diese die Entschädigung berechnet werden könnte. Auf keinen Fall könne aber für das Baugewerbe die für den Tag zu zahlende Vergütung erhöht werden.

Herr Müller meint, daß in anderen Handwerken die Prüfung vielleicht 3 Stunden in Anspruch nehme, und dafür würde dieselbe Vergütung bezahlt wie im Baugewerbe, wo die Prüfung durchschnittlich von morgens 9 bis abends 6 Uhr dauere. Es sei deshalb gerechtfertigt, daß die Prüfungsgebühr von 60 Mk. erhöht werde.

Herr Lutterberg betont nochmals, daß die Entschädigung zu niedrig sei.

Herr Kiehne bemerkt, daß er entschieden gegen die beantragte Erhöhung der Vergütung wäre; denn abgesehen davon, daß der Posten eines Beisitzers der Meisterprüfungskommissionen gewissermaßen ein Ehrenamt sei, würden dann auch noch von anderen Handwerken die gleichen Anträge gestellt werden.

Die dann vorgenommene Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages.

VIII. Verschiedenes.

Herr Bierberg stellt zunächst im Auftrage der Bäcker-Innung Seesen den Antrag, den im Haushaltsplan vorgesehenen Zuschuß für Herstellung des „Handwerksbote“ in Höhe von 960 Mk. zu streichen, da bei der Zustellung desselben große Unregelmäßigkeiten herrschten.

Der Vorsitzende erwidert, daß der „Handwerksbote“ schon viel Kopfzerbrechen bereitet habe. Allerdings hätten ja die Handwerksmeister wegen ihrer Interessenlosigkeit selbst viel Schuld an diesen Zuständen, vielleicht mehr als der Verleger. Jedenfalls könne es aber so nicht weiter gehen. Es müsse unbedingt Wandel geschaffen werden. Das Ideal eines Handwerkskammerblattes wäre ja, daß ein jeder Handwerker des betr. Kammerbezirks dasselbe unentgeltlich bekäme. Hier jedoch spielte die Frage eine große Rolle: „Woher das Geld nehmen?“ Die Handwerkskammer zahle jetzt einen Zuschuß von 960 Mk. pro Jahr und Abonnenten seien im ganzen nur ca. 2200. Allerdings spare ja die Handwerkskammer die Kosten für Inserate. Aber was hätten die im „Handwerksbote“ erscheinenden Bekanntmachungen für einen Wert, wenn sie nicht ein jeder lesen könne. Es müsse der Lösung dieser Frage unbedingt einmal ein jeder lesen könne. Es müsse der Lösung dieser Frage unbedingt einmal ein jeder lesen könne. Es müsse der Lösung dieser Frage unbedingt einmal ein jeder lesen könne. Der Vorstand habe auch schon mit anderen Verlegern ver-

handelt. Es sei selbst der Gedanke einmal aufgetaucht, vielleicht mit einer Tageszeitung in Verbindung zu treten, die täglich an einer bestimmten Stelle alles für das Handwerk Wichtige sowie die Bekanntmachungen und Einladungen der Innungen und Handwerkskammer brächte. Vorbedingung hierfür sei allerdings, daß ein jeder Handwerker diese Zeitung lesen müsse. Bestimmte Vorschläge könnten heute jedoch noch nicht gemacht werden. Er beantrage deshalb, die Versammlung wolle einerseits beschließen, daß der verlangte Zuschuß nur noch bis zum 1. April d. Js. gezahlt und der Vorstand ermächtigt werde, dem Verleger zum 1. Juli d. Js. zu kündigen, andererseits sich damit einverstanden erklären, daß die anderweite Regelung dem Vorstande überlassen werde, der dann bis zur nächsten Hauptversammlung endgültige Entscheidung treffen müsse.

In der sich hierüber entspinrenden Diskussion führt insbesondere Herr Meyer aus, daß die große Interessenlosigkeit der Handwerker sehr bedauerlich sei. Er möchte jedoch empfehlen, den „Handwerksbote“ nicht so schnell abzuschaffen, da dieses ein Blatt sei, das die Interessen des Braunschweiger Handwerks voll und ganz wahrnehmen könnte, was dagegen eine Tageszeitung nie erreichen würde.

Danach wird der Antrag des Vorsitzenden angenommen.

Herr Geffers beantragt im Auftrage der Schmiede-Innung Helmstedt, die Kammer möge doch dahin vorstellig werden, daß die Lehrlinge aus den öffentlichen Erziehungsanstalten in erster Linie den Innungsmeistern zugewiesen würden.

Der Vorsitzende gibt die Zusicherung, daß diesem Antrage entsprochen werden solle.

Herr Horney stellt den Antrag, die Wahlordnung der Kammer dahin abzuändern, daß nicht nur die Mitglieder derjenigen Innungen, die sich über mehrere Kreise erstreckten, schriftlich wählen dürften, sondern daß dieses auch den Innungsmitgliedern gestattet würde, deren Bezirk nur mehrere Amtsgerichtsbezirke umfaßte, und begründet seinen Antrag damit, daß bei schlechtem Wetter die auswärtigen Innungsmitglieder fast niemals zur Wahl erschienen.

Die Versammlung beschließt, daß die nötigen Schritte hierfür in die Wege geleitet werden sollten.

Im Anschluß hieran führt Herr Horney noch aus, daß auf jedem der letzten Handwerkertage Beschlüsse wegen Aufhebung des Gründonnerstages als Feiertag gefaßt und jedesmal bezügliche Petitionen an die Regierung abgesandt seien. Jetzt wäre seitens des Innungsausschusses der Stadt Braunschweig an die Landes-Synode dieselbe Eingabe geschickt und sei die Sache nun soweit gediehen, daß diese Eingabe in der Sitzung am 11. Mai zur Verhandlung kommen sollte. Da Herr Oberamtsrichter Dr. Schilling-Blankenburg das Referat über die Petition habe, so möchte er die Blankenburger Herren bitten, doch auf Genannten dahin einzuwirken, daß er für die Aufhebung dieses Tages eintrete.

Bei der sich hieran anschließenden Diskussion wird insbesondere betont, daß das Bäcker-Gewerbe durch die Anordnung des Geschäftsschlusses während des Gründonnerstages schwer betroffen würde. Viele Bäckermeister, die infolge starker Beschäftigung letzthin an diesem Tage gearbeitet hätten, seien auch in polizeiliche Strafe genommen. Eine große Anzahl von Bäckermeistern habe sich aber mit einem entsprechenden Antrage, 20–25 sogar mit einem Kollektivantrage an die hiesige Herzogliche Polizeidirektion gewandt und nach Zahlung einer Gebühr von je 1,50 Mk. die Genehmigung erhalten, am Gründonnerstag während des Gottesdienstes arbeiten zu dürfen. Unter Hinweis darauf, daß ein derartiges Verfahren streng zu verwerfen sei, stellt schließlich Herr Horney den Antrag, seitens der Handwerkskammer möge die von dem Innungsausschuß der Landes-Synode eingereichte Petition wegen Aufhebung des Gründonnerstages als Feiertag durch eine besondere Eingabe unterstützt werden. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Herr Geffers fragt dann noch an, was für Material auf die Umfrage betr. die den selbständigen Handwerkern durch ihre Gesellen bereitete Konkurrenz eingegangen sei, und welche Maßnahmen hiergegen getroffen werden sollten.

Der Sekretär entgegnet, er habe diesen Punkt im Geschäftsbericht absichtlich nicht mit erwähnt, da erst so wenig Material vorläge, daß vorläufig noch keine Schritte in dieser Angelegenheit unternommen werden könnten.

Der Vorsitzende bemerkt, es solle in nächster Zeit noch einmal ein Erinnerungsschreiben an diejenigen Innungen gesandt werden, die noch nicht geantwortet hätten.

Danach führt Herr H a h n aus, daß, wie ja jedenfalls bekannt, die Schuhmacher-Innung im Verein mit dem „Schutzverein für Handel und Gewerbe“ und dem „Verband der Schuhwarenhändler des Herzogtums Braunschweig“ gegen die Firma Rud. Karstadt hierselbst geklagt habe, weil von dieser Firma Boxcalfstiefel für 5,90 Mk. angepriesen wären und es nach Meinung der Schuhmacher-Innung unmöglich sei, Stiefel aus echtem Boxcalflleder für diesen Preis herzustellen. Die Schuhmacher-Innung habe aber diesen Prozeß verloren, auch seien ihr die Kosten des Verfahrens auferlegt; da diese sich aber ziemlich hoch beliefen, so möchte er bitten, ob es nicht möglich sei, der Schuhmacher-Innung eine Beihilfe vielleicht im Betrage von 150 Mk. zu gewähren. Dieser Antrag wird einstimmig abgelehnt.

Herr M e y e r richtet dann noch in seiner Eigenschaft als Mitglied des Ausschusses für das gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulwesen die Anfrage an den Vorsitzenden, wie weit die Angelegenheit betr. die Neuregelung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens, speziell die Einführung des obligatorischen fachlichen Fortbildungsschulunterrichts in der Stadt Braunschweig gediehen sei.

Der V o r s i t z e n d e teilt darauf mit, daß der zeitige Direktor der städtischen Bürgerschulen, Herr Professor Dr. Rekuh, dem Fortbildungsschulwesen sehr großes Interesse entgegenbringe und daß auch schon bezüglich des einzuführenden Unterrichts mit Vertretern der hiesigen Innungen Konferenzen wegen der Aufstellung der Lehrpläne für die betreffenden Fachklassen stattgefunden hätten.

Herr B i r k h o l t z beantragt schließlich, in Zukunft jeder Innung des Herzogtums ein Protokoll der Vollversammlung zuzuschicken.

Auch dieser Antrag wird angenommen.

Auf einige aus der Versammlung heraus sonst noch gestellte Anfragen werden vom Vorsitzenden entsprechende Auskünfte gegeben.

Nachdem die Mitglieder des Gesellenausschusses der Handwerkskammer erschienen sind, wird in die Beratung des bisher zurückgesetzten Punktes VII „Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens“ eingetreten.

VII. Abänderung der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens.

Herr H a r d e w e g, der das Referat für diesen Punkt übernommen, führt aus, daß ja der abgeänderte Entwurf den Mitgliedern vor kurzem gedruckt zugegangen sei und sie sich somit bereits hätten orientieren können. Er gibt dann noch bekannt, daß der Ausschuß zur Regelung des Lehrlingswesens diese Vorschriften schon durchberaten und zu einigen Paragraphen noch kleinere Abänderungen getroffen habe. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß nur die vom Ausschuß zur Regelung des Lehrlingswesens beschlossenen Abänderungen zum Vortrag gebracht werden. Der Referent verliest dieselben, wie folgt:

1. Im § 1 Satz 2 sind die Worte „Absolventen . . . sind“ zu streichen und dafür zu sagen: „welche eine neunklassige höhere Schule besucht haben.“
2. Im § 2 Absatz 2 sind in Ziffer 1 Satz 2 die Worte „dem betr. Handwerk angehörenden“ zu streichen und statt dessen ist hinter dem Worte „Großbetriebe“ zu setzen: „in dem das betr. Handwerk ausgeübt wird.“
3. Zum § 8 ist eine Anmerkung mit folgendem Wortlaut vorzusehen: „Lehrvertragsformulare sowie alle übrigen in diesen Vorschriften erwähnten Formulare können vom Bureau der Handwerkskammer bezogen werden.“
4. Im § 9 ist
 - a) zu dem Worte „Vormund“ eine Fußnote zu setzen mit folgendem Wortlaut: „Der Vormund bedarf zum Abschluß des Lehrvertrages der Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes“,
 - b) im Absatz 2 zwischen den Worten „auf“ und „vorgeschriebenem“ einzuschalten: „dem von der Handwerkskammer“, dafür sind aber in der letzten Zeile die Worte „der Handwerkskammer“ zu streichen und an dessen Stelle zu setzen das Wort: „dieser“.

5. Im § 10 sind in den Absätzen, in denen die einzelnen Handwerke bzw. Handwerkszweige aufgeführt sind, etwa im Herzogtum noch vorkommenden weitere Handwerke einzuschalten und im letzten Absatz des § 10 die Worte „Maurer- und Zimmerhandwerk“ zu streichen.
6. Im § 12 Absatz 5 sind die Worte „ein Arbeitsbuch läßt“ zu streichen und dafür zu setzen: „bei Eintritt in die Lehre ein Arbeitsbuch von der zuständigen Behörde ausstellen läßt.“
7. Der § 13 ist völlig zu streichen und sind die nachfolgenden Paragraphen und diejenigen, in denen auf diese Paragraphen Bezug genommen wird, entsprechend abzuändern.
8. Im § 15 Absatz 4 letzter Satz sind die Worte „hat aufzulösen“ abzuändern in „kann auflösen.“
9. Im § 17 ist hinter dem Worte „Gründen“ die Klammer einzuschalten: „(§§ 9 und 10 des von der Handwerkskammer aufgestellten Lehrvertragsformulars)“.
10. Im § 18 sind die ersten 5 Worte: „Bei sowie“ zu streichen.
11. Im § 19 Absatz 2 ist der Satz „Die Meldungen einzureichen“ zu streichen.
12. Im § 20 ist Satz 2 und Absatz 2 umzustellen.
13. Im § 21 sind unter b) Zeile 5 die Worte „zu übersenden“ zu streichen und unter Zusammenziehung der Ziffern 1 und 2 folgende Fassung dafür zu wählen: „je ein Verzeichnis der in die Rolle der Innung eingetragenen sowie der aus der Lehre ausgeschiedenen Lehrlinge nach den von der Handwerkskammer vorgeschriebenen Formularen zu übersenden“.

Nachdem dann der Vorsitzende und Sekretär auf verschiedene aus der Versammlung gestellte Fragen Aufklärung gegeben, werden die vorgeschlagenen Abänderungen nach kurzer Diskussion einstimmig, auch vom Gesellenausschuß, genehmigt.

Da weitere Anträge nicht gestellt werden, schließt der Vorsitzende mit kurzen Worten des Dankes an die Versammlung die Sitzung um 4 Uhr nachmittags.

Der Vorsitzende:

C. Osterloh.

Der Sekretär:

R. Baumgarten.